NORDAMERIKA 21.08.2019 | Jeffrey D. Sachs

Europas Antwort muss Widerstand sein

Die Europäer sollten die Partnerschaft mit China, Russland und Indien suchen, um der Regierung Trump die Stirn zu bieten.

Lesen Sie diesen Artikel auch auf Russisch.

Donald Trump wird Europa anlässlich des G7-Gipfels in diesem Monat einen neuerlichen Besuch abstatten, und den europäischen Regierungen gehen, was den Umgang mit diesem US-Präsidenten angeht, die Optionen aus. Sie haben versucht, ihn zu bezirzen, zu überreden, zu ignorieren oder anzuerkennen, dass man anderer Meinung ist. Doch Trumps Böswilligkeit ist grenzenlos. Die einzige Alternative ist daher, ihm Widerstand zu leisten.

Das unmittelbarste Problem ist der europäische Handel mit dem Iran. Dies ist keine Kleinigkeit; es ist ein Kampf, den zu verlieren sich Europa nicht leisten kann.

Trump ist in der Lage, anderen ohne Hemmungen großen Schaden zuzufügen, und er tut dies nun mit wirtschaftlichen Mitteln und mit der Androhung militärischer Maßnahmen. Er beruft sich auf wirtschaftliche und finanzielle Notstandsbefugnisse, die darauf zielen, den Iran und Venezuela in den wirtschaftlichen Zusammenbruch zu treiben. Er versucht, das Wirtschaftswachstum Chinas zu verlangsamen oder zu stoppen, indem er die US-Märkte für chinesische Exporte schließt, den Verkauf von US-Technologie an chinesische Unternehmen beschränkt und China zum Währungsmanipulator erklärt.

Bemerkenswerterweise leiden die USA 230 Jahre nach Verabschiedung ihrer Verfassung nun unter einem Alleinherrscher.

Es ist wichtig, diese Handlungen als das zu benennen, was sie sind: die persönlichen Entscheidungen eines unmäßigen Individuums und nicht das Ergebnis gesetzgeberischen Handelns oder auch nur des Anscheins öffentlicher Debatten. Bemerkenswerterweise leiden die USA 230 Jahre nach Verabschiedung

> ihrer Verfassung nun unter einem Alleinherrscher. Trump hat seine Regierungen von allen gesäubert, die wie beispielsweise Ex-Verteidigungsminister und General a. D. James Mattis selbst Statur besaßen, und nur wenige Republikaner im Kongress äußern auch nur gemurmelten Widerspruch.

Trump wird fälschlich weithin als zynischer Politiker beschrieben, dem es um persönliche Macht und finanzielle Vorteile geht. Doch die Situation ist viel gefährlicher. Trump ist psychisch gestört; er ist ein größenwahnsinniger, paranoider Psychopath. Und das ist nicht als Beschimpfung gedacht. Trumps geistiger Zustand macht es ihm unmöglich, Wort zu halten, seine Feindseligkeit unter Kontrolle zu halten und Zurückhaltung zu üben. Die Antwort hierauf muss Widerstand und darf nicht Appeasement heißen.

Selbst wenn Trump nachgibt, brodelt sein Hass. Bei einem Treffen mit dem chinesischen Präsidenten Xi Jinping auf dem G20-Gipfel im Juni erklärte Trump einen Waffenstillstand in seinem „Handelskrieg“ mit China. Doch ein paar Wochen später kündigte er neue Zölle an. Trump war unfähig, seine eigenen Worte umzusetzen, und das trotz der Einwände seiner eigenen Berater. Zuletzt hat ihn ein Absturz auf den Weltmärkten zum vorübergehenden Rückzug gezwungen. Doch seine Aggression gegenüber China wird sich fortsetzen, und sein zügelloses Vorgehen gegenüber dem Land wird Europas Wirtschaft und Sicherheit zunehmend bedrohen.

Trump versucht aktiv, jedes Land zu brechen, das sich seinen Forderungen widersetzt. Das amerikanische Volk ist nicht so arrogant und unmäßig, aber einige von Trumps Beratern sind es mit Sicherheit. Der Nationale Sicherheitsberater John Bolton und Außenminister Mike Pompeo etwa verkörpern beide einen einzigartig arroganten Ansatz gegenüber der Welt, der im Falle Pompeos noch durch religiösen Fundamentalismus verschärft wird.

Bolton besuchte kürzlich London, um den neuen britischen Premierminister Boris Johnson in seiner Entschlossenheit zu bestärken, die Europäische Union mit oder ohne Austrittsabkommen zu verlassen. Trump und Bolton scheren sich keinen Deut um das Vereinigte Königreich, doch sie hoffen fanatisch auf ein Scheitern der EU. Jeder Feind der Union – wie Johnson, Italiens Matteo Salvini und der ungarische Ministerpräsident Viktor Orbán – ist daher ein Freund Trumps, Boltons und Pompeos. Trump sehnt sich zudem danach, dass iranische Regime zu stürzen. Er zapft dabei eine antiiranische Stimmung

an, die bis zur iranischen Revolution von 1979 und der anhaltenden Erinnerung der amerikanischen Öffentlichkeit an die in Teheran als Geiseln genommenen Amerikaner zurückreicht. Seine Feindseligkeit wird durch unverantwortliche israelische und saudische Politiker angeheizt, die die iranische Führung aus eigenen Gründen verabscheuen. Doch ist das Ganze für Trump zudem eine hochpersönliche Angelegenheit; für ihn ist die Tatsache, dass sich die iranische Führung weigert, seinen Forderungen nachzukommen, Anlass genug, auf ihren Sturz hinzuwirken.

Die europäischen Regierungen würden, wenn sie Trumps Getöse und Drohungen gegenüber dem Iran, Venezuela, China und anderen nachgäben, die europäische und globale Sicherheit gefährden.

Den Europäern sind die Folgen amerikanischer Naivität im Mittleren Osten bewusst. Die Migrationskrise in Europa wurde in erster Linie durch die von den USA angeführten gewollten Kriege in der Region verursacht: George W. Bushs Kriege gegen Afghanistan und den Irak, und Barack Obamas Kriege gegen Libyen und Syrien. Die USA handelten bei jenen Gelegenheiten übereilt, und die Zeche zahlte Europa (obwohl die Menschen im Mittleren Osten natürlich einen noch viel höheren Preis bezahlten).

Nun droht Trumps Wirtschaftskrieg gegen den Iran einen noch größeren Konflikt auszulösen. Vor den Augen der Welt versucht Trump, die iranische Wirtschaft abzuwürgen, indem er ihr durch Sanktionen gegen alle Unternehmen, die mit dem Land Geschäfte tätigen, die Deviseneinnahmen abschneidet. Derartige Sanktionen laufen auf einen Krieg hinaus und stellen einen Verstoß gegen die Charta der Vereinten Nationen dar. Und weil sie sich direkt gegen die Zivilbevölkerung richten, stellen sie ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit dar – oder sollten es zumindest. (Die im Wesentlichen selbe Strategie verfolgt Trump gegenüber der venezolanischen Regierung und Bevölkerung.)

Europa hat wiederholt seine Einwände gegen die US-Sanktionen geäußert, die nicht nur einseitig und extraterritorialer Art sind und Europas Sicherheitsinteressen zuwiderlaufen, sondern ausdrücklich gegen das vom UN-Sicherheitsrat einstimmig gebilligte Nuklearabkommen von 2015 mit dem Iran verstoßen. Doch hatten die europäischen Regierungen bisher Angst, sie direkt in Frage zu stellen.

Das sollten sie nicht. Europa kann den Drohungen extraterritorialer US-Sanktionen in Partnerschaft mit China, Indien und Russland die Stirn bieten. Der Handel mit dem Iran lässt sich problemlos unter Umgehung der US-Banken in Euro, Renminbi, Rupien und Rubel abwickeln. Der

Tausch von Öl gegen Waren lässt sich durch einen auf Euro lautenden Abrechnungsmechanismus wie INSTEX erreichen.

Tatsächlich sind extraterritoriale US-Sanktionen keine glaubwürdige langfristige Drohung. Würden die USA sie gegen den größten Teil der Welt verhängen, wäre der Schaden für die US-Wirtschaft, den Dollar, den Aktienmarkt und die Führungsrolle der USA irreparabel. Die Drohung mit Sanktionen dürfte daher eine Drohung bleiben. Selbst wenn die USA Schritte unternehmen sollten, um Sanktionen gegen europäische Unternehmen zu verhängen, könnten die EU, China, Indien und Russland im UN-Sicherheitsrat dagegen vorgehen, der die US-Politik mit großer Mehrheit ablehnen würde. Sollten die USA eine Sicherheitsratsresolution gegen die Sanktionen mit einem Veto belegen, könnte die UN-Vollversammlung als Ganze die Angelegenheit im Rahmen des „Vereint für Frieden"-Verfahrens aufgreifen. Eine überwältigende Mehrheit der 193 UN-Mitgliedsstaaten würde die extraterritoriale Anwendung der Sanktionen verurteilen.

Die europäischen Regierungen würden, wenn sie Trumps Getöse und Drohungen gegenüber dem Iran, Venezuela, China und anderen nachgäben, die europäische und globale Sicherheit gefährden. Sie sollten anerkennen, dass auch eine deutliche Mehrheit der Amerikaner Trumps bösartigen Narzissmus und sein psychopathisches Verhalten, die eine Welle von Amokläufen und anderen Hassverbrechen in den USA ausgelöst haben, ablehnt. Indem sie sich Trump widersetzen und die internationale Rechtsordnung einschließlich des regelgestützten internationalen Handels verteidigen, können Europäer und Amerikaner zusammen den Weltfrieden und die transatlantische Freundschaft für die kommenden Generationen stärken.

Aus dem Englischen von Jan Doolan

© Project Syndicate



Jeffrey D. Sachs
New York

Dr. Jeffrey D. Sachs ist Professor für Sustainable Development, Health Policy und Management sowie Direktor des Earth Institutes an der Columbia University in New York. Er ist zudem Special Adviser des Generalsekretärs der Vereinten Nationen für die Millennium Development Goals.